

ABBAU DER VOLKSRECHTE - WARUM ?

von Grossrat Dr. Paul Günter, Unterseen

Die Anhänger einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen (bei Volksinitiativen Verdoppelung, bei Referenden von 30'000 auf 50'000) versuchen mit viel Zahlenmaterial uns das verdorbene Gericht schmackhaft zu machen. Mit Statistiken und Prozentzahlen, gemischt mit einer kräftig einseitigen Portion Geschichtslehre (nach dem Motto "früher waren die %-Zahlen höher", "denkt an das Frauenstimmrecht" usw.) soll jedermann weisgemacht werden, dass wir heute als Volk zu leicht bei den grossen Geschäften mitreden können. Dass deshalb eine Einschränkung und ein Abbau dieser Rechte dringlich erforderlich ist, "um die Schweiz wieder regieren zu können."

Einige Argumente der Befürworter einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen sollen näher beleuchtet werden.

"Die Initiativenflut verunmöglicht Bund und Parlament ein vernünftiges Regieren."

Ist es nicht gerade umgekehrt? Haben wir heute nicht eine Regierung, die sich laufend dermassen in Kompromisse verstrickt, dass sie nicht mehr regierungsfähig ist? Dass aus diesem allgemeinen Missbehagen heraus das Volk richtigerweise mit Hilfe von Volksinitiativen dem Bund einige Hinweise für die Zukunft gibt? Ist es nicht so, dass das Parlament an seiner Ueberlastung grossenteils selbst schuld ist (denken wir nur an das unmögliche Hin und Her im Vorfeld der Fristenlösungsinitiative ...)

"Die vielen Abstimmungen sind schuld am Verleider des Volkes an der Politik."

Aber gerade Abstimmungen über Volksinitiativen erfreuen sich hoher Stimmbeteiligung, da hier brennende Probleme zur Entscheidung kommen. Es sind Probleme, zu denen man sich als einfacher Bürger äussern kann und möchte, im Gegensatz zu den häufigeren, komplizierteren und unverständlichen Bundesvorlagen und Bundesbeschlüssen. Hier wäre viel eher der Hebel anzusetzen. Aber eben, wer sucht gerne Fehler bei sich selbst ...

"Heute kann jede Splittergruppe für jeden "Chabis" eine Volksinitiative machen".

Bitte, liebe Volksrecht-Beschneider, welche Initiative meint ihr? Passt euch die Fristenlösung nicht? Oder der Mieterschutz oder die Albatros-Initiative? Welche ist hier überflüssig? Sicher, viele Initiativen haben mir auch nicht gefallen, aber trotzdem haben sie immer eine nützliche Diskussion in Gang gebracht. Mir ist es übrigens immer noch lieber, wenn auch Minderheiten ihre vitalen Interessen mit Hilfe einer Volksinitiative vertreten, als wenn sie auf die Strasse getrieben werden, um mit Demonstrationen auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.

"Auch nach einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen können für wirkliche und wichtige Probleme ohne weiteres Initiativen zustande gebracht werden". Wenn man in diesem Satz "wirklich" und "wichtig" durch "Probleme von mächtigen und finanziell starken Gruppen" ersetzt, dann stimmt er genau. Aber überlegen wir doch einmal: Der politisch und finanziell Mächtige braucht doch die Initiative gar nicht, um seine Interessen durchzusetzen, er benützt höchstens das Referendum als Drohmittel. (Dies mag mit ein Grund sein, dass bei Referenden die Unterschriftenzahl nicht verdoppelt werden soll). Er hat doch ganz andere Mittel um direkt Einfluss zu nehmen (Ueber Vernehmlassungsverfahren, Verbände, Politiker etc.). Die Volksinitiative ist das Recht der Kleinen, der politisch nur wenig organisierten Bürger, welche sich in einem bestimmten Fall gegen die politisch und/oder wirtschaftlich Etablierten zur Wehr setzen wollen.

"Durch eine Volksinitiative wird sowieso nichts erreicht. Seit dem 2. Weltkrieg wurde nur eine einzige angenommen. Wozu also der Leerlauf?"

Fast jede Volksinitiative hat etwas erreicht. Zuerst einmal durch die öffentliche Diskussion, dann durch die recht oft angenommenen Gegenvorschläge. Interessant ist auch, dass die Chancen für die Annahme von Volksinitiativen in letzter Zeit stark gestiegen sind. So wurde im Kanton Bern gegen den Willen aller Regierungsparteien die LdU-Steuerinitiative angenommen. Auf eidgenössischer Ebene ist die letzte Steuerinitiative nur knapp verworfen worden. Wenn nicht alles täuscht, haben mindestens zwei der Volksinitiativen, die am 25. September zur Abstimmung kommen, Chancen angenommen zu werden.

Unsere Spitzenpolitiker sind nicht dumm, sie sehen diese Entwicklung. Volksinitiativen passen ihnen daher nicht ins Konzept, vor allem wenn diese Volksinitiativen nicht den Vorstellungen des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit entsprechen. Also versucht man durch die "Patentlösung" der Erhöhung der Unterschriftenzahlen das Initiativrecht seines tieferen Sinns zu berauben. Denn finanzstarke Unterschriftensammler werden natürlich viel eher Initiativen machen, welche von der Parlamentsmehrheit gutgeheissen werden. Ob damit aber die Volksmeinung wirklich zum Ausdruck kommt, ist zu bezweifeln. Wir alle wissen, dass man am einfachsten regieren kann, wenn das Volk nichts zu sagen hat. Wir glauben aber, dass diese Rezept für unser Land nicht von Gutem ist.

Demokratie ist ein mühseliges Geschäft, sie dient dem Gesamtwohl aber am besten. Wer sich von dieser Mühe überfordert fühlt, ist freundlich aufgerufen, einem ausgeruhten und frischen Mitbürger Platz zu machen. Denn sowohl Parlamentsmitglied wie Regierungsmitglied muss niemand sein. Es ist freiwillig.

\* \* \*